

Evangelische Kirche im Aufbruch – Anmerkungen aus politischer Sicht

Rede von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich des Reformationstages am 31. Oktober 2007 in Berlin

Eine der wichtigsten Schriften Martin Luthers heißt "Von der Babylonischen Gefangenschaft der Kirche". Damit ist zweierlei gemeint: Zum einen kritisiert Luther den Zustand der Kirche seiner Zeit – er sieht sie in falschen Lehren und Abhängigkeiten quasi gefangen; zum anderen ermahnt er sie, diese "Gefangenschaft" zu beenden und aus dem selbst gewählten Exil aufzubrechen.

Der Gedanke des Aufbruchs steht seit der Reformation im Zentrum des Lutherischen Glaubens. Der Protestantismus würde sein Wesen verleugnen, wenn er nicht immer wieder zu neuen Aufbrüchen bereit wäre. Das aber bedeutet: Er muss auch bereit sein, sich selbst heute der Kritik auszusetzen, die seinerzeit von den Reformatoren an der Kirche geübt wurde. Der Protestantismus braucht die Selbstkritik wie die Luft zum Atmen. Hierzu gehört auch die Bereitschaft, den einmal eingeschlagenen Weg im Lichte neuer Erfahrungen zu überdenken.

So hat es der Protestantismus in seiner langen Geschichte immer wieder geschafft, neuen Herausforderungen mit neuen Aufbrüchen zu begegnen. Von Immanuel Kant stammt der berühmte Satz:

"Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit."

Im Grunde verbirgt sich dahinter ein zutiefst protestantisches Programm, auch wenn das viele deutsche Protestanten damals nicht so sehen konnten.

Ein neuer Aufbruch ist auch die Öffnung der Kirche gegenüber der sozialen Frage im 19. Jahrhundert gewesen – nicht anders als ihre Öffnung gegenüber Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten im 20. Jahrhundert. Im zuletzt genannten Fall hat sich die Einsicht in die Notwendigkeit des Aufbruchs erst recht spät, nach der Katastrophe des Nationalsozialismus, durchgesetzt. Die Verspätung, mit der sich die evangelischen Kirchen den Grundlagen des modernen, westlichen politischen Denkens geöffnet haben, sollte uns übrigens vor übertriebenem Lob warnen.

Der deutsche Protestantismus hat also eine Geschichte erfolgreicher Aufbrüche hinter sich. In dieser Geschichte kommt aber auch immer wieder der Widerstand gegen Neuanfänge und Traditionsbrüche zum Ausdruck.

Und das heißt nicht, dass diese Widerstände grundsätzlich etwas Schlechtes wären. Beharrlichkeit und Traditionsbewusstsein haben ihre gute Berechtigung. Denn eine Kirche, die offen über ihren Kurs diskutiert und sich den modernen Entwicklungen stellt, ist immer auch Gefahren ausgesetzt.

Dazu gehört die Kurzatmigkeit, die dann entsteht, wenn man jedem Trend nachläuft, wenn man das Vertrauen in den Wert der eigenen Überzeugungen und Traditionen verliert und am Ende den Eindruck von Trittbrettfahrerei erweckt. Ich erspare mir Beispiele. Aber vielleicht darf man am Reformationstag doch sagen, dass auch die jüngere Geschichte der evangelischen Kirchen in unserem Land nicht immer frei von dieser Gefahr war.

"Political correctness" könnte – natürlich nur im nicht-kirchlichen Bereich – eine Versuchungs- oder Verführungsformel sein. Oder der Wechsel von einem Anschlagpunkt des Pendels zum entgegengesetzten, der ja immer die Gefahr der Übertreibung beinhaltet – man kann manches in der Geschichte der Bundesrepublik mit dem vielfältigen Versagen in der Nazizeit erklären, und bei der "amtskirchlich" geführten Debatte um Grenzen der Forschungsfreiheit – bei der ich mir erlaubte, vom mainstream abzuweichen – habe ich gelegentlich über die frühere Zurückhaltung bei Debatten um rechtlichen Schutz ungeborenen Lebens nachgedacht.

Im Übrigen: Ich habe eine Segelfliegerverwandtschaft, und da weiß man, dass man gegen den Wind startet. Wer also sein Fähnlein einfach nur nach dem Wind hängt, dem wird der Aufbruch nicht gelingen. In der Regel verfehlt er das angestrebte Ziel. Eine Kirche, die sich in erster Linie an die gerade letzte Mode anpasst, könnte kaum dauerhaft mit echtem Interesse rechnen. Sie würde am Ende ja nichts anderes bieten als all das, was die sie umgebende Gesellschaft genauso gut oder besser kann.

Wichtiger noch ist, dass eine solche Anpassung ein Missverstehen der reformatorischen Forderung nach Aufbruch wäre. "Re-formatio" – das ist neben dem Aufbruch aus einer babylonischen Gefangenschaft eben auch die Rückbesinnung auf das, worum es dem Christentum, der christlichen Kirche fundamental geht. Beides gehört zusammen.

Das sollte berücksichtigen, wer vom Aufbruch der Evangelischen Kirche ins 21. Jahrhundert spricht. Ich hoffe in erster Linie, dass es der evangelischen Kirche gelingt, die Reflexion über die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit dem Nachdenken über das Zentrum evangelischer Identität zu verbinden. Denn nur wenn dies gelingt, wird es im Ergebnis zu einem wirklichen Aufbruch ins neue Jahrhundert kommen.

Einen solchen Aufbruch sollten Politiker im Übrigen auch dann unterstützen, wenn sie sich der evangelischen Kirche persönlich nicht näher verbunden fühlen. In meinem Fall ist das, wie Sie wissen, anders. Ich möchte an dieser Stelle aber nicht vor allem persönliche Bemerkungen machen. Mich bewegt die grundlegende Frage, warum der Aufbruch der evangelischen Kirchen ins 21. Jahrhundert für die Politik von Bedeutung ist und was daran für sie von besonderer Bedeutung ist.

Es ist inzwischen überall schon fast eine Binsenweisheit, dass die Religion allem Anschein nach eine ganz erhebliche Rolle auch für die Politik im 21. Jahrhundert spielen wird. Das trifft auf die Situation in Deutschland ebenso zu wie auf die globale Lage. Globalisierung bedeutet nicht zuletzt, dass es keine klare Grenze mehr gibt zwischen dem, was sich bei uns abspielt, und dem, was sich in anderen Teilen der Welt ereignet. Goethe konnte noch dichten – wengleich voll Ironie:

"Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen,

Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,

Wenn hinten, weit in der Türkei,

Die Völker aufeinander schlagen,

Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus;

Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;

Dann kehrt man abends froh nach Haus

Und segnet Fried' und Friedenszeiten."

Ich sage nicht, dass eine solche Haltung damals richtig gewesen sei; wichtig ist aus meiner Sicht, dass es heute nicht mehr möglich ist, so zu denken. Moderne Kommunikations- und Verkehrsmittel, aber auch die Verknüpfung unserer Ökonomien lassen es schlichtweg nicht mehr zu. Deshalb ist die Tatsache, dass Religion weltweit zu einem zentralen Baustein politischer und sozialer Entwicklungen geworden ist, zwangsläufig auch für uns von entscheidender Bedeutung.

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass hier bei uns die Kirchen eine anhaltend wichtige Rolle spielen werden. Nach wie vor erreichen die großen Kirchen einen erheblichen Teil der Bevölkerung, und ihre Wortmeldungen zu den Themen unserer Zeit finden Gehör. Nach wie vor sind das Christentum und der christliche Glaube eine reiche Quelle für persönliches Engagement, ohne das ein demokratisches Gemeinwesen nicht auskommt. Der freiheitliche Verfassungsstaat – den Satz darf man selbst am Reformationstag zitieren – lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht zu schaffen vermag – Werte, Identität, und das alles hängt notwendig und unauflöslich mit den Fragen nach dem Davor und dem Danach, mit den Grenzen menschlicher Existenz und mit den Fragen nach Allmacht oder Unverfügbarem zusammen. Darauf gründet unsere freiheitlich und rechtlich verfasste Ordnung.

Auch wenn wir nach ausgewogenen Antworten auf die großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft suchen, können wir auf den Beitrag der Kirchen nicht verzichten. Das betrifft die Frage nach dem richtigen Verständnis von Bildung, nach den Möglichkeiten und Grenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und nicht zuletzt nach einem verantwortungsvollen Umgang mit Krankheit, Alter und Tod. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass die Kirchen, und damit auch die evangelische Kirche, sich den Herausforderungen des neuen Jahrhunderts stellen. Je nachhaltiger dieser Aufbruch gelingt, umso wertvoller und überzeugender wird ihr Beitrag sein.

Ich möchte zwei Punkte hervorheben, um meine Erwartungen an die evangelische Kirche deutlich zu machen. Der erste ist eher allgemeiner Natur. Hier geht es mir um die Art, wie in der evangelischen Kirche mit politischen Fragen umgegangen wird. Da gibt es für mich als Innenminister doch einige wiederkehrende Konfliktlinien, zum Beispiel im Bereich der Migrationspolitik.

Die offene, tolerante Gesellschaft lebt davon, dass es eine lebendige Diskussion um politische Entscheidungen gibt. Da kann es auch passieren, dass zwei Parteien sich mitunter streiten. Mir ist bewusst, dass aus Ihren Positionierungen ein aufrichtiges politisches und soziales Engagement spricht, welches wiederum im christlichen Glauben wurzelt.

Wenn hierbei aber der Eindruck entsteht, aus christlicher Sicht gäbe es nur eine einzige legitime Weise, einen bestimmten Sachverhalt zu sehen, muss ich Protest anmelden.

Das würde bedeuten, dass es einen unauflösbaren Widerspruch zwischen christlicher Ethik und politischer Verantwortung gibt. Dies war etwa die Ansicht Max Webers, der davon sprach, dass die absolute Ethik der Bergpredigt kein Fiaker sei, bei dem man nach Belieben auf- und absteigen könne. Deshalb führt der christliche Glaube aus seiner Sicht zu einer

"Gewissensethik", die allein von der guten Absicht lebt. Der Politiker dagegen handele aus einer "Verantwortungsethik" heraus, also mit Blick auf die Folgen seiner Entscheidungen.

Mir ist dieser Gegensatz zu einfach, angesichts der Doppelnatur des Menschen – der Sünde verhaftet und zur Freiheit begabt. Wer um die Natur des Menschen weiß und Verantwortung übertragen bekommt, eine Ordnung für menschliches Leben zu gestalten, der muss Absichten und Folgen gleichermaßen im Blick haben.

Man kann Politik nur für die Menschen machen, die es tatsächlich gibt. Wenn man Politik dagegen für Menschen macht, wie man sie gerne hätte, wird das Denken und Handeln ideologisch, unmenschlich, unfreiheitlich. Das können wir nicht wollen.

Richard von Weizsäcker hat einmal sehr treffend in Abgrenzung zu Webers Unterscheidung gesagt:

"Jedermann möge sich hüten, Moral und Politik gegeneinander auszuspielen. Moral ohne Politik wird zur Ideologie im luftleeren Raum. Politik ohne Moral ist schlechte Politik."

Auch und gerade christliche Verantwortungsträger sollten sich im Klaren sein, dass politische Handlungen nicht in einem Vakuum getroffen werden können. Alle Entscheidungen auf dieser Ebene haben weit reichende Konsequenzen, die jeder Einzelne im Blick haben muss und für die er auch mit der Verantwortung trägt.

Ich würde mir jedenfalls wünschen, dass die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert noch stärker bereit ist, politisches Handeln in seiner besonderen Eigenart wahrzunehmen. Ihr Engagement für die Aufgaben des Evangeliums braucht darunter keineswegs zu leiden. Mein Vorschlag schließt, wie gesagt, nicht aus, dass Beteiligte zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen. Niemand kann alle Folgen von Handlungen mit Gewissheit voraussagen. Es geht in unserer politischen Ordnung darum, durch Ideenwettbewerb und danach Mehrheitsentscheidung zu möglichst tragfähigen Handlungsoptionen zu gelangen.

Das ist aber etwas völlig anderes als eine Verweigerung der Notwendigkeit, politisches Handeln mit Blick auf die wahrscheinlichen Folgen zu bedenken und zu begründen. Ich bin davon überzeugt, dass solche Ablehnung nichts mit dem christlichen Glauben zu tun hätte. In diesem Sinne plädiere ich für noch mehr konstruktive Auseinandersetzung der evangelischen Kirchen mit den konkreten politischen Handlungszwängen. Im Übrigen: Die Trennung von weltlichem und geistigem Regiment bis zur Universalität der Menschenrechte heißt ja, dass es – im Gegensatz zu fundamentalistischem Missbrauch von Religion – im politischen Wettbewerb nicht die eine nur richtige Lösung gibt, um der Freiheit willen nicht geben darf.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft konkret die Herausforderung durch die religiöse Pluralisierung in Europa und auch in Deutschland. Hier erfordert insbesondere der Islam unsere Aufmerksamkeit. Als Bundesminister des Innern habe ich eine auf längere Sicht angelegte Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen. Deren Ziel ist es, eine möglichst umfassende Teilhabe von Muslimen an unserem erprobten und insgesamt bewährten Kooperationsmodell von Staat und Kirche zu erreichen.

Dieser Prozess ist zugegeben kompliziert, es gibt aber keine Alternative. Unser Verständnis des Verhältnisses von Staat und Religion ist durch die Erfahrungen mit den christlichen Kirchen geprägt. Aber der Islam ist nicht als Kirche organisiert. Das hat weit reichende Konsequenzen.

Wenn wir etwa Religionsunterricht an staatlichen Schulen abhalten, geschieht das in enger Partnerschaft zwischen Staat und Kirchen. Die Religionsgemeinschaften allein können das an staatlichen Schulen nicht verantworten – so wenig wie der Staat allein Religionsunterricht gestalten darf. Am besten wären wir auch hier in Anfängen, wovon ich seit der LER-Debatte immer noch überzeugt bleibe. Eine solche Partnerschaft muss sich in der muslimischen Community in Deutschland aber erst entwickeln. Eine Voraussetzung dafür ist die Akzeptanz von Pluralität und Toleranz, von allgemein verbindlichen Rechten und Pflichten, von der Universalität der Menschenrechte. Dazu zählt die Trennung zwischen weltlicher und geistlicher Ordnung.

Das sind die Ziele, die wir erreichen müssen. Es ist absehbar, dass diese Entwicklung Konsequenzen auch für die Rolle der Kirchen in unserem Land haben wird, und dennoch müssen wir, ja dürfen wir nicht ignorieren, dass in Deutschland – wie in fast allen europäischen Ländern – der christlichen Überlieferung eine besondere Bedeutung für unsere Kultur zukommt.

Der Kölner Dom und eine Moschee am selben Ort mögen für die Christen und Muslime, die sich dort zur Messe oder zum Freitagsgebet versammeln, eine vergleichbare Bedeutung haben. Aber der Kölner Dom hat eben noch eine andere Bedeutung: als ein einmaliges Monument der deutschen Geschichte und Kultur. Er wird deshalb auch von Nichtkatholiken und Nichtchristen gerne besucht.

Um ihn als ein solches Baudenkmal verstehen und würdigen zu können, ist eine Grundkenntnis der christlichen Religion unerlässlich. Wer dieses Wissen nicht besitzt, geht wie ein Blinder durch unsere Städte. Ihm entgehen große Teile unserer Literatur und der bildenden Kunst; der Zugang zu Meisterwerken der klassischen wie auch der modernen Musik wird erheblich erschwert.

Eingangs habe ich gesagt, ich sei fest überzeugt, dass die Kirchen in Deutschland eine wichtige Rolle für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts spielen können. Ich habe betont, dass aus meiner Sicht der Gedanke des Aufbruchs ein besonderes Merkmal des Protestantismus ist und weiterhin sein sollte. Dazu gehört die Bereitschaft, sich auf neue Herausforderungen einzulassen. Dazu gehört auch der Wille, den eigenen Glauben und die eigene Tradition immer wieder neu zu interpretieren.

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, sollte sich der Protestantismus auf die tatsächlichen Gegebenheiten unvoreingenommen und ohne Scheuklappen einlassen. Das betrifft sowohl das Politische als Kunst des Möglichen – worauf kürzlich Herfried Münkler in der ZEIT eindrucksvoll hingewiesen hat – als auch die Realität religiöser Pluralisierung in unserer Gesellschaft.

Ich bin mir sicher, dass das Licht des christlichen Glaubens die Wirklichkeit so, wie sie ist, erhellen kann. Und so hoffe ich, dass sich der Beitrag der evangelischen Kirche des neuen Jahrhunderts genau dadurch auszeichnen wird.